Anzeigengebühren: 100 Pfg. für die 6mal gespalt. Millimeterzeile Auswärts 120 Pfg., für die Empfehlungszeile 400 Pfg. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis mittags, kleinere bis 4 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 180 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Prunz, Castrop.

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht 90,00 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 90,00 Mk. für das Vierteljahr, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Castrop, Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung: werktags 6—7 Uhr nachmittags.

48. Jahrgang

Rauxeler Neueste Nachrichten — Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop — Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 166 — Donnerstag, den 20. Juli — 1922

In aller Kürze.

Neuigkeiten von Nah und Fern.

Der Reichspräsident wird nicht nach Freudenstadt zurückkehren, sondern bis auf weiteres in Berlin bleiben.

*

Laut „Berl. Tagebl." ist vom Oberreichsanwalt in Leipzig ein besonderer Untersuchungsrichter für die Sachen Rathenau ernannt worden. Dieser hat bereits gegen die ihm bisher vorgeführten 23 Personen die Voruntersuchung eröffnet.

*

Auf dem Rittergut Reichenberg in der Nähe von Görlitz wurden in einer Grube im Garten 50 Handgranaten aufgefunden und von der Schupo beschlagnahmt.

*

Zur Ausführung des freien Verkehrs mit Frankreich sowie des Wiesbadener Abkommens sind zwei Bestimmungen erlassen worden, die im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

*

Die amerikanische Besatzungsbehörde im Koblenzer Gebiet erließ ein Streikverbot und droht gegen die Streikenden Zwangsmaßnahmen an.

*

Poincare empfing den General Nollet, den Vorsitzenden der interalliierten Kontrollkommission in Berlin.

*

Am kommenden Donnerstag finden in Calais eine Reihe von Festlichkeiten statt anläßlich der Enthüllung eines Denkmals zur Erinnerung an die Zusammenarbeit der englischen und französischen Flotte während des Krieges.

*

Gemäß der neuen Auflage vom Lloyd Register machen die britischen Handelsdampfer gegenwärtig rund 33⅓ v. H. der Weltschaffahrtstonnage aus gegenüber 44½ v. H. im Jahre 1918.

*

Im englischen Oberhause brachte Lord Peel den Antrag auf eine Reform des Oberhauses ein, wonach u. a. die Mitgliederzahl des Oberhauses auf 350 beschränkt wird.

*

Die beiden Irländer Dunn und O. Sulivan wurden wegen der Ermordung des Feldmarschalls Wilson zum Tode verurteilt.

*

Sir John Bradbury bestreitet, in der Reparationskommission positive Vorschläge für ein Moratorium an Deutschland gemacht zu haben.

*

Heute findet in Italien eine Kammersitzung statt, die für das Schicksal des Kabinetts Facta ausschlaggebend sein dürfte.

*

In einer Versammlung von annähernd 1000 Fascisten in Cremona wurde nach einer Havasmeldung beschlossen, die Agitation zu beenden.

*

Der Wiener Nationalrat hat in 2. Lesung das Gesetz betr. die innere Anleihe in der Ausschußfassung angenommen.

*

Im Zusammenhang mit der Angelegenheit des Generals Berenguer hat der spanische Kriegsminister Olaguer seinen Abschied eingereicht. Die Leitung des Kriegsministeriums hat der Ministerpräsident übernommen. General Burguet wurde zum Oberkommissar für Marokko ernannt.

*

Nach einem Bericht aus Moskau wurde der Erzbischof Anatlon zum Tode verurteilt, weil er sich geweigert hatte, den Sowjetbehörden die Kirchenschätze auszuliefern.

*

Artikel 161 des neuen russischen Strafgesetzes bestimmt, daß Personen, die Kindern und Unmündigen in staatlichen oder privaten Unterrichtsanstalten religiöse Unterweisung geben, mit Zuchthaus bis zu einem Jahr bestraft werden.

*

In Wheeling (Westvirginien) setzten streikende Kohlenarbeiter einen Teil der Anlagen des Richlandbergwerks in Brand. 16 Personen wurden bei einem Zusammenstoß getötet, darunter der Scherif und mehrere seiner Beamten.

*

Die Meldungen aus Washington schildern die Streiklage in Amerika als überaus ernst; schwere Ausschreitungen sind zu verzeichnen.

Dollarkurs am 19. Juli: 490,00
Letzter Kurs: 475,00 — Höchster Kurs: 535,00

Die Aussichten des Moratoriums.

Paris, 19. Juli. Der „Matin" meldet aus London, daß man in dortigen politischen Kreisen lebhaft die Frage des heutigen Kabinettsrates erörtert, in welchem das Deutschland zu gewährende Moratorium diskutiert werden soll. In offiziellen Kreisen erklärt man, daß Lloyd George und seine Kollegen mehr und mehr überzeugt seien, daß Deutschland ein Moratorium gewährt werden müsse. Das erste, was man tun müsse, sei, daß Frankreich und Deutschland sich über diese Frage einigen müßten und in diesem Punkte die gleichen Anschauungen vertreten. Das englische Kabinett bereite einen Entwurf vor, der in seinen Einzelheiten noch nicht festliege, der aber fähig sei, alle Alliierten zu befriedigen. Dieser Entwurf solle in dem Kabinettsrat noch ausgearbeitet werden. Man verfolge hier einmal den Plan, eine Basis zu finden für den Verzicht auf die Schulden Frankreichs an England, dann aber müsse eine Totalsumme festgesetzt werden für die vom Deutschen Reiche den Alliierten zu zahlenden Reparationen.

Eine Absage Poincarés an Lloyd George.

Paris, 19. Juli. Poincare ließ gestern eine öffentliche Absage an Lloyd George ergehen, in der er sich in der Reparationsfrage dem französischen Willen fügen soll. Der französische Ministerpräsident scheint jedes Kompromiß in dieser Angelegenheit durchaus ablehnen zu wollen. Er spricht geradezu von Drohungen gegenüber England. Poincare habe Lloyd George versprochen, nach dem 15. Juli nach London zu kommen, aber damals sei von einer Bitte Deutschlands wegen eines Moratoriums keine Rede gewesen. Der Versuch Deutschlands, die Reparationszahlungen zu verweigern, setze den europäischen Frieden aufs Spiel.

Nur wenn die Reparationskommission aussprechen würde, daß eine absichtliche Verfehlung Deutschlands vorliege, könne Poincare mit Lloyd George zusammentreffen; natürlich ausschließlich zu dem Zwecke, um die gegen Deutschland zu ergreifenden Maßnahmen zu erörtern. Schon am 17. März — diese Tatsache war bisher unbekannt — vor dem ersten Moratorium, forderte die französische Abordnung in der Reparationskommission, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages erfüllt werden, wozu alle Einnahmequellen Deutschlands für die Reparationen herangezogen werden müßten. Dieser Antrag wurde offiziell in der Reparationskommission besprochen, aber das Moratorium wurde gewährt, weil man hoffte, daß dadurch die finanzielle Lage Deutschlands sich bessern würde.

Nachdem diese Hoffnung getäuscht habe, erhielt die französische Abordnung in der Reparationskommission den formellen Antrag, auf der Durchführung der früher erwähnten Bestimmungen des Friedensvertrages zu bestehen.

Wenn dieser Antrag jetzt abgelehnt werden sollte, dann würde Frankreich seine völlige Handlungsfreiheit aufnehmen, und jede Besprechung mit Lloyd George über die Reparationen werde nutzlos sein. Um andere Angelegenheiten zu erörtern, würde Poincare sich keinesfalls nach London begeben.

Man darf auf das Echo gespannt sein, welches diese Forderungen, daß Lloyd George bedingungslos kapitulieren solle, in England finden wird.

Englische Bedenken gegen Frankreichs extreme Forderungen.

London, 19. Juli. Die Londoner Blätter stellen fest, daß in der Reparationsfrage eine gewisse Klärung eingetreten sei, die zugleich eine Verschlechterung der Lage bedeute. Es steht nun anscheinend fest, daß Poincare nicht nach London kommen will, solange die Reparationskommission nicht ein absichtliches Verschulden Deutschlands ausgesprochen hat. Die Frage der Kapitalflucht scheint nicht nur bei den Verhandlungen des Garantiekomitee, sondern auch in der Reparationskommission zu Zwistigkeiten geführt zu haben. Die Franzosen möchten nach hiesigen Informationen das Moratorium von einer völligen Einsicht in die deutsche Finanzgebahrung abhängig machen, während auf englischer Seite die Meinung vorherrscht, daß damit nicht viel zu erreichen wäre, weil es praktisch einfach nicht möglich sei, über private Transaktionen eine Uebersicht zu gewinnen und außerdem diese Maßregel jetzt zu spät komme. Man scheint weiter auf englischer Seite erklärt zu haben, daß einige dieser Vorschläge, die in dieser Frage gemacht worden sind, auch für das Geschäftsleben des eigenen Landes einen recht gefährlichen Eingriff bedeuten, und daß diese Angelegenheit mit Vorsicht behandelt werden müsse.

Belgien für finanzielle Zwangsmaßnahmen.

Haag, 19. Juli. Der belgische Ministerrat beschäftigte sich mit der Reparationsfrage. Der Ministerpräsident geriet sich im Echo der bekannten Pariser Darstellung. Es bestehe die Frage, was nun geschehen müsse, um Deutschland zur Erfüllung seiner Zahlungen zu zwingen. Darüber entstand eine große Debatte, an welcher fast alle Minister teilnahmen. Schließlich ist man, wie die der Regierungspresse mitgeteilten Berichte besagen, zu der Meinung gekommen, daß Frankreich, Großbritannien und Belgien sich miteinander in Verbindung setzen müßten, um sich über finanzielle Maßregeln zu einigen, wodurch Deutschland gezwungen und es ihm ermöglicht werden soll, seinen Zahlungen nachzukommen.

Die Anleihefreunde gegen Finanzbevormundung.

Paris, 19. Juli. Newyork Herald wird aus der Reparationskommission berichtet, daß man mit Ausnahme der französischen Abordnung die Hoffnung hege, daß der Bericht des Garantiekomitees über die Finanzlage Deutschlands zu einer Wiedereinberufung des Bankierkomitees führen werde. Weil die Franzosen noch immer davon reden, daß die Herabminderung der deutschen Reparationssumme nicht erfolgen könne, macht man allenthalben Versuche, die Franzosen dazu zu bewegen, einer solchen Verminderung der Reparationssumme lieber zuzustimmen, als die Kontrolle der deutschen Finanzen zu steigern, weil dies schließlich zu einer Einmischung in die inneren deutschen Angelegenheiten führen müsse. Das Garantiekomitee selbst wünsche eine derartige Einmengung zu vermeiden. Einzelne Mitglieder des Bankierkomitee verweisen darauf, daß eine auswärtige Anleihe sicher zustande kommen könnte, auch wenn eine Finanzkontrolle nicht eingeführt würde. Ein Mitglied der Reparationskommission erklärte einem Mitarbeiter des Newyorker Herald ausdrücklich, daß Deutschlands Zukunft von dem Wiederzusammentritt der Morgankommission abhänge. Wahrscheinlich würden die Mitglieder des Anleihekomitees befriedigt davon sein, wenn eine Kontrolle über die deutschen Finanzen sowie alle finanziellen Strafmaßnahmen gegenüber Deutschland ein für allemal vergessen wären. Wenn eine Anleihe in der ganzen Welt gezeichnet würde, so würde dadurch gleich ein Druck auf Deutschland zum Zahlen ausgeübt werden. Vielleicht werde dieses Argument den französischen Widerstand beseitigen.

Ob diese Meinung des Mitgliedes der Reparationskommission sich bei dem hartnäckigen Widerstand, den Poincare leistet, verwirklichen läßt, erscheint sehr wenig glaubhaft. Eine klare Stellungnahme der Pariser Regierung ist einstweilen nicht zu verzeichnen. Sie läßt durch den Petit Parisien lediglich verkünden, daß man für das Jahr 1922 nur auf Naturallieferungen im Werte von 200 Millionen Goldmark durch Deutschland zu rechnen habe, weil die Zeit bereits zu sehr vorgeschritten sei, um die ganzen 950 Millionen in Naturallieferungen hereinzubringen. Unnachgiebig würde aber die französische Regierung in der Frage der Zahlungen für das Ausgleichverfahren sein und sie würde auch der Gewährung des Moratoriums für die eigentlichen Reparationen Widerstand leisten, solange die Reparationskommission den Bankerott Deutschlands nicht öffentlich verkünde. Deutschland solle nicht die geringste Erleichterung gewährt werden, solange man nicht die Gewißheit habe, daß es keinen neuen Kurssturz der Mark „herbeiführe". Nach der Rückkehr des genannten Komitees werde man auch genau wissen, wie die Finanzkontrolle über Deutschland ausgeübt werden soll.

Bradbury schiebt den Franzosen die Verantwortung zu.

London, 19. Juli. Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, Sir John Bradbury habe ihn ermächtigt zu erklären, es sei nicht richtig, daß er der Reparationskommission bezüglich der Verhandlungen über das deutsche Ersuchen Vorschläge für eine Ausdehnung des Moratoriums gemacht habe. Ebensowenig sei richtig, daß er annehme, es werde der Fall eintreten, daß die Frage durch Mehrheitsbeschluß erledigt werde. Der britische Delegierte sei der Ansicht, daß der Bericht des Garantiekomitees sehr sorgfältig abgewogen werde. Soweit er die Lage überblicken könne, erscheine ihm die Gewährung eines Moratoriums mindestens bezüglich der Barzahlungen im Jahre 1922 unvermeidlich. Da aber seines Erachtens die gegenwärtig sehr ernste Lage im hohen Maße die Folge des Scheiterns der von ihm bezüglich des Bankierausschusses empfohlenen Politik sei, sei er der Ansicht, daß die Initiative bei den Vorschlägen der notwendigen Abhilfsmaßnahmen dem französischen Delegierten in der Reparationskommission überlassen bleiben sollte. Bevor er also den Entschluß bezüglich des einzuschlagenden Kurses fasse, warte er die Vorschläge ab, die seine französischen Kollegen zweifellos nach Empfang des Berichtes des Garantiekomitees machen werden.

Die Besatzungskosten Amerikas.

Paris, 19. Juli. „Chicago Tribune" meldet, die alliierten Regierungen hätten beschlossen, gemeinsam auf die seinerzeitige Note des amerikanischen Staatssekretärs Hughes zu antworten, in der für die amerikanischen Besatzungskosten die Priorität vor allen Bezahlungen verlangt wird. Die Antwort werde auf einer Zusammenkunft der alliierten Finanzminister in Paris oder London in einigen Wochen festgesetzt werden. Sie sei im Augenblick von besonderer Wichtigkeit, weil die Zustimmung der Alliierten zu den amerikanischen Ansprüchen Amerika zu der in der deutschen Moratoriumsfrage stärksten Partei machen würde.

Das große Aufatmen in Amerika.

Paris, 19. Juli. Der „Newyork Herald" schreibt in einer Besprechung der Finanz- und Börsenbewegung der letzten Woche, daß in kurzer Zeit der amerikanische Markkurs vom schwärzesten Pessimismus zum höchsten Optimismus übergegangen sei. Zu diesem Pessimismus hätten vor allen Dingen die schlechten Nachrichten beigetragen Hand in Hand mit der Streikbewegung unter den Eisenbahnern. Man erwartete allgemein den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands. Die letzten Tage haben einen großen Optimismus gebracht. Die Finanzleute Amerikas atmeten wieder auf, als sie erfuhren, daß die Wiedergutmachungskommission Deutschland ein Moratorium gewähren werde. Sie haben den Schluß gezogen, daß die Alliierten einen deutschen Bankerott nicht zulassen werden. In Amerika verkennt man die Schwere des deutschen Wiedergutmachungsproblems nicht, aber man ist überzeugt, daß man eine Lösung finden werde.

Poincarés Drängen auf finanzielle Entrechtung.

Paris, 19. Juli. Poincare arbeitet eine Denkschrift aus, die der Reparationskommission übergeben werden soll. Sie ist mit Dokumenten vollgestopft, worin Poincare zu „beweisen" sich bemüht, daß die Reichsregierung sich seit Beginn dieses Jahres systematisch bemüht habe, die Kursentwertung der Mark herbeizuführen, so daß der Bankerott Deutschlands absichtlich herbeigeführt sei und daß infolgedessen gemäß § 18 des Anhanges 2 zum Teil 8 des Friedensvertrages die alliierten Regierungen das Recht haben sollen, Sonderaktionen vorzunehmen. Hierauf kommt es Poincare natürlich vor allem an, obwohl ihm bereits Lloyd George zu verstehen gegeben hat, daß Poincares Anschauungen nicht zureichend gerechtfertigt seien. Infolgedessen dringt Lloyd George auf eine Aussprache, um die Bedenken seines französischen Kollegen zu zerstreuen. Aber von einer solchen Aussprache will Poincare einstweilen nichts wissen. Der englische Geschäftsträger in Paris hat gestern eine Note übergeben, worin Poincare erklärt, daß er keineswegs einer Begegnung mit Lloyd George zur Erörterung des Reparationsproblems ausweichen wolle, daß es ihm aber einstweilen unmöglich sei, einen genauen Zeitpunkt für diese Besprechung anzusetzen. Poincare erklärt es für notwendig, vor allem den Bericht des Garantiekomitees zu studieren und die Vorschläge abzuwarten, welche die Reparationskommission nach dem Empfang dieses Berichtes aussprechen wird. Poincare läßt durch den Petit Parisien ausdrücklich erklären, worauf es ihm ankommt: er will über Deutschland unbedingt eine finanzielle Vormundschaft, eine Art Kuratell verhängen. Aber es scheint einstweilen nicht, daß das Garantiekomitee ihm diesen Gefallen unbedingt tun wird, wenn man den Pariser Darstellungen glauben darf. Hiernach hätten sich die Reichsregierung und das Garantiekomitee auf folgende Grundsätze festgelegt:

1. Das Komitee wird die gesamten Einnahmen Deutschlands kontrollieren.

2. Es wird auch alle Ausgaben kontrollieren, bevor diese vom Reichstag beschlossen sind und es wird sie ferner in dem Augenblick nachprüfen, wenn die Ausgaben verwirklicht werden sollen.

3. Alle finanziellen und wirtschaftlichen Statistiken werden dem Komitee zur Prüfung übergeben.

4. Vollständige Nachweise über den jeweiligen Stand der schwebenden Schuld Deutschlands haben dauernd im Besitz des Komitees zu sein.

Deutsche Forderung der Herabsetzung der Clearingraten.

Berlin, 19. Juli. Eine neue Note ist, wie halbamtlich mitgeteilt wird, Ende der vorigen Woche den Regierungen in London, Paris, Rom und Brüssel übergeben worden. Den Botschaftern der Vereinigten Staaten und Japan in Berlin ist gleichzeitig eine Abschrift dieser Note zugegangen. In dieser Note wird für die Zeit bis zum Ende des Jahres 1924 beantragt, daß die monatlichen Clearing-Raten, die zur Zeit zwei Millionen Pfund betragen, auf eine halbe Million Pfund herabgesetzt werden und daß Barzahlungen auf Abschnitt 4 des Teiles 10 insbesondere auf § 27 e des Vertrages von Versailles in dieser Zeit nicht zu leisten sind.

Die rhein.-westf. Industrie als Pfand?

Berlin, 19. Juli. Der Reichstag hat einen Brief vom Präsidenten des Garantieausschusses erhalten, worin, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, für die Gewährung des Moratoriums Sicherheiten gefordert werden. Laut „Berl. Lokalanz." haben diese Ausführungen folgenden Inhalt: Ueberlassung von Feldern in Gestalt von Industrieaktien und Einführung einer sehr scharfen Finanzkontrolle. Der Berl. L. A. bemerkt hierzu: Der Gedanke läßt sich nicht von der Hand weisen, daß die Franzosen bei den Industriefeldern in erster Linie die Montanaktien im Auge haben. Das scheint ihnen sicherer und einträglicher als die Ruhrbesetzung.

Die Tagung des Völkerbundsrates.

Haag, 19. Juli. In der ersten Sitzung des Völkerbundsrates wurde beschlossen, Deutschland aufzufordern, ein Mitglied in die Kommission gegen den Mädchenhandel zu entsenden. Der „Daily Telegraph" meldet heute, daß die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund Gegenstand der Besprechungen bilden werde.

Die geänderte Stimmung in England.

Rom, 19. Juli. Eine Londoner Depesche der „Gazetta del Popolo" besagt, zum ersten Male sei sich die ganze öffentliche Meinung darin einig, daß Frankreich in seinem eigenen wie in dem Interesse Europas die furchtbaren Reparationslasten heruntersetzen müsse. Diese Einmütigkeit stellt eine Tatsache dar, die auf die englisch-französischen Verhandlungen in der Reparationsangelegenheit nicht ohne Einfluß bleiben könne. Jetzt müsse Frankreich erleben, daß die Absicht der englischen Regierung, eine teilweise Revision des Versailler Vertrages vorzunehmen sogar von der ultrakonservativen englischen Presse auf das tatkräftigste unterstützt werde.

Ein amerikanisches Urteil über die deutsche Zahlungsfähigkeit.

Haag, 19. Juli. Daily Mail meldet aus Newyork, dort herrsche die Ansicht vor, daß Deutschland aufrichtig wünsche, seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen und daß es bereits zahlreiche Beweise für diesen guten Willen erbracht habe. Weiter wird gemeldet, die Durchschnittsauffassung der Amerikaner ist, daß sich eine Lösung nur in 2 Richtungen ergeben kann: durch eine internationale Anleihe oder die Gewährung eines Moratorium. Inzwischen könnten Sachlieferungen stattfinden.

Aus dem Reiche.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 19. Juli. Zwischen den Abgeordneten Dr. Marx (Zentr.), Dr. Stresemann (D. V.) und Dr. Petersen (Dem.), den Vorsitzenden der drei genannten Reichstagsfraktionen, wurden heute vormittag im Reichstagsgebäude die Verhandlungen über die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien fortgesetzt. Der Parteivorstand der demokratischen Partei trat ebenfalls zu einer Besprechung im Reichstagsgebäude heute vormittag zusammen, die um die Mittagsstunde noch nicht beendet war. Die Beratungen der drei Parteien, an denen auch die Abgg. Dr. Schiffer, Dr. Schücking und Dr. Koch für die Demokraten, Dr. Spahn für das Zentrum und Kempkes für die Deutsche Volkspartei teilnahmen, wurden für vertraulich erklärt.

Die Einheit des Proletariats.

Berlin, 19. Juli. Wie die P. P. N. hören, wird die politische Lage, wie sie sich durch die letzten Ereignisse im Reichstage gestaltet hat, auch auf dem Augsburger Parteitag der Sozialdemokratie Mitte September zur ausgiebigen Erörterung gelangen. Das als zweiter Teil des Vorstandsberichts in Aussicht genommene Referat von tto Wels über die Internationale soll dahin abgeändert werden, daß das Thema lauten wird: Die nationale und internationale Einheit des Proletariats.

Die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

Berlin, 19. Juli. Unter vorstehender Ueberschrift veröffentlichte der „Vorwärts" einen Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, der S. P. D. und U. S. P. D., worin die Mitglieder der Organisationen darauf hingewiesen werden, daß der Kampf für die Republik fortgeführt und die Einigung der Arbeiter, Angestellten und Beamten vollendet werden müsse.

Stegerwald über das Gebot der Stunde.

Berlin, 19. Juli. Einige Berliner Abendblätter veröffentlichen aus der demnächst erscheinenden Stegerwald-Broschüre „Zusammenbruch und Wiederaufbau" einen Artikel, der von Partei und Koalitionswesen handelt. Wir entnehmen diesen Ausführungen nachstehende Sätze: „Wir werden immer wieder größere Rückschläge in unserer Außen- und Innenpolitik erleiden, wenn sich in Deutschland nicht eine feste parlamentarische Mehrheit zu einer längeren politischen Arbeitsgemeinschaft auf Gedeih und Verderb zusammenfindet. Was ich verhindern will, ist einmal, daß für den Augenblick eine lediglich auf Parteirücksichten aufgebaute, aber nicht den Staatsnotwendigkeiten Rechnung tragende Koalition geschaffen wird. Nicht will ich, daß die Sozialdemokratie ihre klassenkämpferische und christentumfeindliche Grundeinstellung und ihre seichte weltschwärmerisch-marxistische Staatsauffassung in die Zukunft hinüberretten und dann im neuen Deutschland wieder den verderblichen Einfluß ausüben kann, den sie im alten Deutschland tatsächlich ausgeübt hat. Ich lasse mir die Ueberzeugung nicht nehmen, daß an dem gegenwärtigen Elend des deutschen Volkes die Sozialdemokratie mindestens den gleichen Teil der Schuld trägt wie das alte Regime. Trotzdem bin ich gegen die Ausschaltung der Sozialdemokratie, einmal weil gegen die geschlossene Sozialdemokratie der deutsche Wiederaufbau ebensowenig möglich ist wie bei dauerndem Ausschluß der soliden nationalen und sittlichen Kräfte von rechts, dann aber auch deshalb, weil das Gros des Bürgertums aus den Vorgängen der letzten Jahre noch so gut wie nichts gelernt hat. Für den Augenblip ist eine Koalition so breit wie nur irgend möglich nicht nur anzustreben, sondern erforderlichenfalls auch zu erzwingen. Ist eine Einheitsfront nicht zu erzielen, dann ist im Reiche mindestens die gleiche Koalition herbeizuführen, wie sie in Preußen und selbst im roten Braunschweig, hier ergänzt durch die Unabhängige Sozialdemokratie, geschaffen wurde, nämlich: von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei.

Neuwahl des Reichspräsidenten um Weihnachten.

Berlin, 19. Juli. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler erneut um die Anberaumung der Wahl durch den Reichstag ersucht. Der Reichskanzler hat, da nach dem Gesetze der Tag der Wahl vom Reichstage festgesetzt wird, die Frage mit den Parteiführern eingehend besprochen. Diese waren einmütig der Auffassung, daß es nicht zweckmäßig sei, den Wahltag noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages festzusetzen, daß dagegen die Beschlußfassung des Reichstages hierüber alsbald nach seinem Wiederzusammentritt im Oktober vorgenommen werden soll. Danach wird die Wahl voraussichtlich im Dezember oder Januar stattfinden.

Calonder beim Reichspräsidenten.

Berlin, 19. Juli. Der Reichspräsident empfing gestern mittag den Präsidenten Calonder und die übrigen Mitglieder der gemischten Kommission für Oberschlesien. Der Reichspräsident wies darauf hin, daß Calonder durch seine gerechte und stets versöhnende Haltung das Zustandekommen der Verständigung wesentlich erleichtert habe. Deutschland habe aus Oberschlesien ein Kulturland gemacht. Deutschland sei entschlossen, alles zu tun, um Oberschlesien, soweit es noch zu Deutschland gehört, weiter zu entwickeln. Präsident Calonder dankte für die freundliche Aufnahme, die er in Berlin gefunden habe und drückte seine Zuversicht aus, daß es gelingen werde, dem Lande Frieden, Ruhe und Ordnung wieder zu geben. Beim Reichskanzler fand gestern abend zu Ehren Calonders und der übrigen Mitglieder der gemischten Kommission für Oberschlesien ein Abendessen statt, an dem auch der Reichspräsident teilnahm.

Aus dem Auswärtigen Ausschuß.

Berlin, 19. Juli. Der Auswärtige Ausschuß, der heute vormittag zu einer Besprechung zusammentrat, verhandelte über das Abkommen mit Amerika, ferner über die Beratungen der Reichsregierung mit dem Garantiekomitee und endlich über das Rheinlandabkommen. Erschienen waren fast alle Mitglieder des Ausschusses. Auch der Reichstagspräsident Loebe wohnte der Sitzung bei. Vom Reichskabinett waren neben dem Reichskanzler der Vizekanzler Bauer, der Reichswirtschaftsminister Schmidt und der Finanzminister Dr. Hermes erschienen. Auch unser Botschafter in Paris, Dr. Mayer, war anwesend. Das Wort ergriff dieser aber nicht. Der Ausschuß hat dem Vorschlag, die sich aus den freien Verträgen mit Amerika ergebenden Fragen und Forderungen einem internationalen Schiedsgericht zu überweisen, einstimmig, also auch mit den Stimmen der Deutschnationalen, zugestimmt. Die Verhandlungen der Regierung über die Ergebnisse mit dem Garantiekomitee wurden abgebrochen und auf Freitag vormittag vertagt. Der Ausschuß will über diese Fragen noch genauere Nachrichten aus Paris abwarten. Sonst beschäftigte sich der Ausschuß noch mit der Rheinlandfrage, zu der auch der Reichskanzler das Wort nahm.

6,9 Milliarden Defizit bei der Eisenbahn.

Berlin, 19. Juli. Der Abschluß des ordentlichen Haushaltes bei der Eisenbahn für 1921 liegt nunmehr vor. Er ergibt Einnahmen von 45,1 Milliarden und Ausgaben von rund 52 Milliarden. Der Fehlbetrag beläuft sich mithin auf 6,9 Milliarden. Das bedeutet gegenüber dem Ansatzdefizit 21 in Höhe von 10,8 Milliarden eine Verbesserung von 3,9 Milliarden und gegenüber dem Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1920 mit 15,6 Milliarden eine Verbesserung von 8,7 Milliarden. Der Fehlbetrag ist also geringer als die vom Reichsverkehrsministerium bekannt gegebene Schätzung.

Die Autonomie-Frage in Oberschlesien erledigt.

Das Zentrum für Verbleiben im preußischen Staatsverband.

Breslau, 19. Juli. Die Vertrauensmännerversammlung des oberschlesischen Zentrums, die gestern in Kandrzin tagte, nahm Stellung zu der durch die Annahme des Landtagsgesetzes über die Regelung der Selbständigkeitsrechte Oberschlesiens geschaffenen neuen Lage in der Autonomie-Bewegung. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, wonach die Partei ihren Wählern mitteilt, für den Verbleib des Landes im preußischen Staatsverband zu stimmen. Damit ist bei der ausschlaggebenden Bedeutung des Zentrums in Oberschlesien die Autonomie-Frage erledigt und der Verbleib Oberschlesiens bei Preußen gesichert.

Ein neuer Fall Kaehne.

Berlin, 19. Juli. Gegen Herrn von Kaehne auf Schloß Petzow an der Havel, dessen Schießaffäre vor einigen Monaten großes Aufsehen erregte, ist jetzt ein Verfahren wegen Totschlages eingeleitet worden. Es ist jetzt ein neuer Fall hinzugetreten, der den märkischen Schloßbesitzer sehr schwer belastet. Vor einem halben Jahre wurde die schon verweste Leiche eines 18jährigen Lehrlings Lares in dem Park des Herrn von Kaehne mit einem Schuß durch den Kopf aufgefunden. Vorgestern hat sich nun, nachdem eine Belohnung auf die Ergreifung des Mörders ausgesetzt war, ein junger Arbeiter gemeldet, der aussagte, daß der junge Lares, als er mit ihm zusammen in dem Petzow-Park nach Eiern suchte, von Herrn von Kaehne niedergeschossen worden ist. Von Kaehne ist in Haft genommen worden.

Der Seemaschinistenstreik geht weiter.

Hamburg, 19. Juli. Die unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums heute stattgefundenen wieder aufgenommenen Verhandlungen im Hamburger Seemaschinistenstreik haben zu keinem positiven Ergebnis geführt. Die Arbeitnehmervertreter beharren in der Ueberstundenfrage kategorisch auf ihrem Standpunkt und zeigen keine Neigung, auf die inoffiziellen Anerbieten der Reeder einzugehen. In diesem Punkt scheitert die gesamte Verhandlung, so daß eine Erörterung der eigentlichen Lohnfrage ganz unmöglich ist.

Waffenbeschlagnahme in Thüringen.

Weimar, 19. Juli. Die thüringische Kriminalpolizei hat in Bischofsroda im Kreise Eisenach neuerdings große Waffenbestände beschlagnahmen können, die laut polizeilicher Mitteilung von Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens versteckt worden sind. Die Waffen waren teilweise im Kirchturm des Ortes versteckt, teilweise im Walde vergraben. Im Zusammenhang mit den Waffenfundenden wurden mehrere Jungleute verhaftet.

Belgrader Attentäter in Dortmund verhaftet?

Dortmund, 19. Juli. Unter dem Verdacht, an dem Bombenattentat gegen den Serbenkönig Alexander im Jahre 1920 beteiligt gewesen zu sein, wurde hier der Ukrainer Alekssiewitsch verhaftet. In der letzten Zeit war Alekssiewitsch als politischer Agitator für die kommunistische Partei in Ungarn tätig. Der Verhaftete reiste ohne Paß und wurde bei einer Straßenbahnfahrt nach Hörde erkannt.

Das Ende der Rathenaumörder.

Leipzig, 19. Juli. Bei Eindringen der Polizei in Burg Saaleck lag, laut Leipz. N. N. Kern mit einer Decke bedeckt auf dem Lager, der Aeltere, Fischer, neben ihm beide haben Schüsse durch die Schläfe. Dem Anschein nach hat Fischer seinen Mithelfer, als beide sich entdeckt sahen, erschossen und dann sich selbst getötet. Schriftstücke wurden bei ihnen nicht gefunden. Man fand nur Landkarten von Thüringen und vom Harz, sowie einige Tausend Mark, vermutlich der Erlös aus dem Verkauf ihrer Fahrräder, die sie in Naumburg zu Geld gemacht hatten und die dort beschlagnahmt worden sind. Die Mörder hatten ihre Kleider abgelegt und Anzüge des Burgbesitzers angezogen. Wie die Mörder in die Burg gekommen sind, ist noch nicht aufgeklärt. Entweder hatten sie Schlüssel zu der Burg, oder sie sind am Blitzableiter zur Plattform emporgeklettert und dann in das Innere gelangt.

Halle, 19. Juli. Als die Beamten Feuer auf die Fenster der Burg gaben, scheint Kern verwundet worden zu sein. Sein Kamerad hatte ihn dann anscheinend getötet. Als er keine Rettung mehr sah, erschoß er sich selbst. Die Leiche von Kern weist etwa acht Tage alte Schußwunden auf. Allem Anschein nach hatten die Mörder die Ruine nur deshalb aufgesucht, um das Ende der polizeilichen Fahndungsaktion in Mitteldeutschland abzuwarten und dann mit Hilfe falscher Ausweispapiere und Auslandspässen, die Flucht fortzusetzen.

Deutschnationales Dementi über die Angelegenheit Fischer-Kern.

Berlin, 19. Juli. Von deutschnationaler Seite wird dem „Berl. Lokalanz." mitgeteilt, daß die Angaben, wonach Fischer und Kern vor ihrer Ermittelung bei einem deutschnationalen Parteisekretär in Köfen gewohnt haben, von der dortigen Parteiorganisation unterstützt und allen Verfolgungen durch die Polizei systematisch entzogen worden seien, unzutreffend sind. In Bad Köfen besteht eine kleine Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei, die aber keinen Parteisekretär habe. Ferner sei Dr. Stein niemals deutschnationaler Parteibeamter gewesen.

Des Burgherrn Vernehmung.

Halle, 19. Juli. Dr. Stein ist gestern morgen mit seiner jungen Frau aus Berlin nach Burg Saaleck zurückgekehrt und wollte sich in die letztere begeben. Er wurde aber von der Schutzpolizei in Empfang genommen und ins Dorf gebracht. Ob Dr. Stein in irgendwelchem Zusammenhang mit den Mördern steht, konnte noch nicht festgestellt werden.

Zur Verhaftung Dr. Steins.

Halle, 19. Juli. Dr. Wilhelm Stein wurde gestern abend mit seiner Frau von der Berliner Kriminalpolizei zur Bahn gebracht, um nach Berlin übergeführt zu werden. Er bleibt vorläufig in Haft. Dr. Stein gilt als ein Sonderling, der in exklusiven Gesellschaften verkehrte. Seine Frau ist eine geborene von Buenau. Im Frühjahr und im Sommer ist Dr. Stein wiederholt verreist gewesen. Er hat als Ziel Düsseldorf angegeben. Die Behörde aber glaubt feststellen zu können, daß er nach Nürnberg und nach München gefahren ist.

Der amtliche Polizeibericht.

Berlin, 19. Juli. Die weiteren Ermittelungen der Berliner Polizei haben folgendes ergeben: Die beiden Rathenaumörder haben auf die Aufforderung der Polizeibeamten, die Tür zum Turm zu öffnen, mit Gewehren gedroht. Die Beamten machten daher von ihren Schußwaffen ebenfalls Gebrauch und schossen aus mehreren Karabinern in das Turmfenster, an dem sich Kern und Fischer zeigten. Darauf zogen sich die beiden zurück und ließen sich vorläufig nicht mehr sehen. Nach einer Viertelstunde kam Fischer allein ans Fenster und brachte ein Hoch auf Ehrhardt aus. Jetzt erbrachen die Beamten die Tür und eilten in den Turm. Sie fanden in dem Schlafzimmer des Dr. Stein Kern tot im Bett liegend vor. Plötzlich hörten sie aus dem Nebenzimmer einen Schuß. Als sie dorthin eilten, fanden die Beamten Fischer tot vor. Die Untersuchung hat ergeben, daß Kern einen Karabinerschuß in den Kopf erhalten hat. Es ist also anzunehmen, daß er von einem der Schüsse der Beamten getroffen worden ist. Kern muß dann von seinem Genossen auf das Bett gelegt worden sein. Aufgefundene große blutgetränkte Wattebausche beweisen, daß Fischer versucht hat, die stark blutende Wunde zu stillen. Als ihm dieses nicht gelang, hat Fischer wohl die Unmöglichkeit der Flucht eingesehen und sich beim Eindringen der Beamten in den Turm ebenfalls das Leben genommen. Gegen Dr. Stein glaubt die Polizei stark belastendes Material in Händen zu haben. Die Leichen der beiden Mörder wurden zunächst im Leichenhaus der Gemeinde Saaleck untergebracht, wo sie so lange verbleiben, bis die Angehörigen verständigt sind

Aus dem Auslande.

Polen.

Um das Kabinett Korfanty.

Warschau, 19. Juli. Gestern hielten die sechs Parteien der Rechten und des Zentrums eine Beratung über die durch die Demission des Staatsoberhauptes geschaffene Lage ab. Die Abgeordneten Feodowritsch und Rosset hatten kurz vorher noch einmal mit Pulsudski konferiert und erklärt, seine Entschlüsse richteten sich nicht gegen die Person Korfantys, sondern seien begründet, weil die gesamte politische Lage augenblicklich jede Parteiregierung ablehnen muß. Ein Kommunique der Rechtsparteien enthält die Feststellung, daß sie keineswegs beabsichtigen, eine Staatskrise zu verursachen und daß sie unabhängig von der Kabinettsbildung für eine Verständigung mit der Linken arbeiten. Korfanty hat gestern und heute mit den Parteien seine Besprechungen fortgesetzt. Es heißt, daß der Kriegsminister und der Finanzminister in das Korfanty eintreten werden. Der „Kurjer Koranu" nennt die Kabinettsbildung Korfanty ein Zirkusstück. Pilsudski hat Warschau verlassen um eine Truppenrevue abzuhalten. Er wird erst morgen zurückkehren.

Letzte Drahtmeldungen.

Keine Pfändung von Industrieaktien.

Berlin, 19. Juli. Die Garantiekommission hatte, bevor sie gestern abend nach Paris zurückgereist ist, um dem Reparationsausschuß über ihre vierwöchigen Verhandlungen mit der deutschen Regierung Bericht zu erstatten, ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, worin sie nach der B. Z. gewisse Forderungen als Ergebnis der Beratungen zusammenstellt. Reichsfinanzminister Dr. Hermes berichtete heute dem auswärtigen Ausschuß, der vormittags 11 Uhr zusammengetreten ist, über den Inhalt der Forderungen der Garantiekommission. Die B. Z. kann bereits feststellen, daß das Gerücht, das Garantiekomitee hätte die Gewährung der von der deutschen Regierung verlangten Stundung für die Goldzahlungen von der Ueberlassung von Aktien deutscher Industrieunternehmungen abhängig gemacht, ein falsches Gerücht ist.

Skirmunt in Warschau.

Warschau, 20. Juli. Auf telegraphische Benachrichtigung des Ministerpräsidenten Korfanty ist der frühere Außenminister Skirmunt nach Warschau gekommen, um wegen des Eintritt als Außenminister in das Kabinett Korfanty zu verhandeln.

Verschärfung der Lage im Haag.

Hagg, 20. Juli. Der französische und der belgische Delegierte in der Vollsitzung blieben dabei, daß es keinen Zweck habe, weiter mit den Russen zu verhandeln. Der britische Vertreter war dagegen der Ansicht, daß Litwinoffs Vorschläge wichtig genug seien, und daß man zum Entgegenkommen bereit sein solle

Die Entscheidung verschoben.

Haag, 20. Juli. Gestern nachmittag sind die Präsidenten der nicht-russischen Kommissionen zusammengetreten, um die Lage zu besprechen. Im Prinzip wurde beschlossen, die neuen Instruktionen der Russen aus Moskau abzuwarten und dann gegebenenfalls die Forderungen, die am Montag den Russen gestellt wurden zu revidieren.

Aufgedeckte antibolschewistische Verschwörung.

Berlin, 20. Juli. Wie die hiesige russische Zeitung meldet, hat sie über Konstantinopel Nachricht bekommen, daß die Sowjetregierung der Krim eine antibolschewistische Verschwörung entdeckt, an deren Spitze der Oberst Bossenko stand, der sich als zeitweiligen Regenten von Rußland bezeichnete. Seine rechte Hand waren ein Privatdozent, der während der Zentralregierung eine hohe Stelle innehatte und ein Pfarrer des Gouvernements Simferopol (?). Der Organisation gehörten 90 Personen an, die früher Offiziere bei der Wrangel-Armee waren. Festgestellt wurde daß zwischen der Organisation und der Wrangel-Armee reger Briefwechsel stattfand. Alle Mitglieder der Organisation wurden verhaftet und werden in den nächsten Tagen vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Frankreich.

Der Anschlag auf Millerand.

Paris, 19. Juli. Der Anarchist Bouvet hat erklärt, daß er die Absicht gehabt habe, den Präsidenten Millerand und den Ministerpräsidenten Poincare zu treffen. Er habe nicht im Auftrage eines Komitees diese Tat begangen.

Rußland.

Ausbreitung der Cholera in Kowno.

Warschau, 19. Juli. In der Umgebung von Kowno wütet noch immer die Cholera. Die Bemühungen, die Seuche zu bekämpfen, haben noch nicht zu einem vollen Erfolg geführt. In einem Tage sind wieder sechs neue Erkrankungen gemeldet worden. Da die meisten Flüsse Cholerabazillen enthalten, sind sie durch eine besondere Kommission geschlossen worden.

Lenin ermordet?

Kopenhagen, 19. Juli. Svenska Dagbladet bringt folgende, bisher nicht kontrollierbare Meldung: Augenblicklich in dem Badeorte im Kaukasus die berichtet, daß Lenin auf dem Transport nach dem kaukasischen Badeorte, wo er Erholung suchen wollte, ermordet worden ist. Man nimmt an, daß es sich um einen Giftmord handelt und daß die Tat im Eisenbahnzuge von Vertretern der jetzt in Moskau zur Macht gelangten Richtung verübt worden ist. Am 3. Juli wurde Lenins Leiche zwischen 3 und 4 Uhr morgens, als der Eisenbahnzug die Brücke über den Don bei Rostow passierte, in den Fluß geworfen. Einer der Begleiter Lenins im Zuge, ein Mitglied des Exekutivkomitees der dritten Internationale, der an der Tat beteiligt ist, spielt den Berichten nach augenblicklich in dem Badeorte im aKukasus die Rolle Lenins.

Meldungen über Attentate auf Lenin, die auch zum großen Teil auf Tatsachen beruhen, sind schon oft aufgetaucht, auch ist Lenin wiederholt totgesagt worden, doch haben sich diese letzteren Meldungen bisher nie bestätigt. Die vorliegende Nachricht klingt so abenteuerlich, daß man an ihrer Richtigkeit begründeten Zweifel hat. Da aber Lenin zweifellos das Ziel von rücksichtslosen Plänen auf seine Beseitigung ist, muß man von solchen Nachrichten immerhin Kenntnis nehmen.

Aus Castrop und Umgegend.

△ **Die Zentrumspartei,** Ortsgruppe Castrop u. U., veranstaltet am Sonntag abend 8 Uhr im Saale des kath. Gesellenhauses zu Ehren des nach Münster berufenen Landesrates Franz Rediger einen Abschiedsabend. Für die Feier ist ein äußerst abwechselungsreiches Programm zusammengestellt. Die großen Verdienste, welche sich Herr Rediger in den Jahren seines Hierseins um die Partei erworben hat, sollten jedes Parteimitglied veranlassen, an seinem Ehrenabend aus Dankbarkeit und zum Ausdruck der Anerkennung teilzunehmen.

⊙ **Zur Nachahmung empfohlen!** Der Castroper Männer-Gesang-Verein stiftet zum besten der Kinderhilfe den Betrag von 300 Mk.

□ **Wegen der Ungunst der Witterung** mußte das zu Sonntag angekündigte Gartenkonzert der „Liederhalle" und der Castroper Mandolinen- und Guitarrenvereinigung verlegt werden. Es wird nun an einem Werktag abend stattfinden, sobald es das Wetter gestattet. Rechtzeitige Bekanntgabe erfolgt durch unsere Zeitung.

* **In unserem Aushängefenster an der Münsterstraße** konten wir gestern dank des liebenswürdigen Entgegenkommens eines Lesers eine Abbildung der Gegend ausstellen, in der sich die beiden Rathenaumörder entleibten. Die Ruine Saaleck liegt unterhalb der Rudelsburg in der Nähe von Bad Kösen. Neben der Rudelsburg ist die Ruine Saaleck einer der besuchtesten Ausflugsorte in ganz Thüringen. Der Hauptturm der Burg Saaleck ist aber gegen den Ausflüglerverkehr durch einen kleinen Garten abgeschlossen und deshalb als Schlupfwinkel geeignet. Das durchaus erträglich eingerichtete Erdgeschoß des Turmes, das einen wunderbaren Rundblick auf das Saaletal bietet, war bisher während des ganzen Sommers bewohnt von dem Schriftsteller Dr. Stein, einem Freunde des Besitzers der Burg, des Rittergutsbesitzers Kreipitzsch. Die einzige Unbequemlichkeit für die Bewohner des Turmes liegt in der Notwendigkeit, sich Trinkwasser zu beschaffen. Dr. Stein holte es sich ebenso wie seinen Vorrat an Lebensmitteln in der Rudelsburg. Nach dem „Berl. Lok.-Anz." ist Dr. Stein ein Mann, der sich besonders durch seine Verdienste um die Frage des deutschen Burgwesens in hervorragendem Maße verdient gemacht hat. Er bestreitet auf das allerentschiedenste, von dem Aufenthalt der beiden etwas gewußt zu haben, wie er denn überhaupt mit ihnen nie etwas zu tun gehabt habe.

♂ **Ein Ueberfall** wurde in der Nacht vom 16. zum 17. Juli gegen 12.20 Uhr auf der Kottenburgerstraße auf einen Bergmann namens Ludwig Meier verübt. Dieser kehrte von der Wirtschaft Mörsch in Begleitung eines Arbeitskollegen und einer Dame nach Hause zurück, als er, wie er sich vor der Haustür seiner Wohnung mit seinen Begleitern unterhielt, von 4 Personen, die sangen und anscheinend angetrunken waren, überholt wurde. Einer derselben stach ihn, ohne daß ein Wort gefallen war, in den Rücken. Der Stich verletzte die Lunge erheblich, sodaß einige Lebensgefahr vorhanden ist. Als der Stich erfolgt war, sahen der Täter und seine Begleiter ein, daß er der Falsche sei. Der Ueberfall hatte einem anderen gegolten, an dem man sich rächen wollte, weil er am 4. Juli gearbeitet und nicht an der Streikdemonstration teilgenommen hatte. Die Polizei ist den Tätern auf der Spur. Das Gerücht, daß Meier bereits gestorben sei, entspricht nicht den Tatsachen. Meier wurde gestern morgen noch im evgl. Krankenhause, in das er geschafft wurde, polizeilich vernommen.

⊙ **Aufgeklärt** wurde ein Schrotdiebstahl auf der Zeche „Graf Schwerin"; mehrere Personen, denen insgesamt über 1 Zentner Eisenschrot in die Hände fiel, wurden ermittelt.

⊡ **Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege.** Die der preußischen staatlichen Organisation (Orts-, Kreis-, Bezirksausschüsse) für Jugendpflege angeschlossenen Vereine sind nach einem Erlaß des Reichsverkehrsministers zum Genuß von Fahrpreisermäßigungen berechtigt. Die Eisenbahndirektionen haben aber bisher mehrfach die Listen der zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigungen berechtigten Vereine noch nicht abschließen können, weil diese noch nicht durchweg angemeldet waren. Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat daher in einem neuen Erlaß die Regierungspräsidenten angewiesen, darauf hinzuwirken, daß diese Meldungen mit Beschleunigung durchgeführt werden, da die Listen am 1. August abgeschlossen werden. Von diesem Termin ab wird die Fahrpreisermäßigung nur solchen Vereinen gewährt, die nach dem neuen Verfahren anerkannt und in die Listen eingetragen sind.

△ **Von der Handwerkskammer** Dortmund wird uns geschrieben: „In den von der letzten Vollversammlung der Handwerkskammer zu Dortmund zur Sicherung der Betriebe in der Zeit der Betriebskapitalsknappheit aufgestellten Richtlinien wurde gefordert, daß die Werklieferungsverträge stets so abgeschlossen werden, daß der Preis für Material fest und für Löhne und sonstige Unkosten gleitend abgeschlossen wird, wobei vorausgesetzt ist, daß dem Meister bei Uebernahme des Auftrages ein Vorschuß von 50 Proz. des Gesamtlieferungsbetrages oder 100 Prozent des benötigten Materials gewährt wird, damit auch die kapitalschwachen Betriebsinhaber in der Lage sind, das für Aufträge notwendige Material einzukaufen. Es kann selbstverständlich diese Art der Vertragsstätigung nur dort in Frage kommen, wo das notwendige Material sofort zu kaufen ist oder wo die Anlieferung nicht besonders Kosten verursacht. Das würde z. B. im Baugewerbe der Fall sein, weil das Material zur Erbauung eines Hauses nicht zu einem Zeitpunkt insgesamt zu haben ist und auch wenn es wirklich zu haben wäre, nicht an der Baustelle gelagert werden kann, da die Unkosten zu hoch und die Baustoffe dem Verderben ausgesetzt wären. Es wird nach und nach je nach Bedarf mit Fortschreiten des Baues der Baustelle direkt vom Herstellungsort angeliefert und muß auch zu den jeweiligen Tagespreisen in Rechnung gestellt werden. Es ist deshalb eine berechtigte Forderung, daß überall dort bei einem Auftrag, zu dem größere Materialmengen benötigt werden und dessen Ausführung sich über einen längeren Zeitraum erstreckt, der Vertrag auch gleitend in Bezug auf den Materialpreis abgeschlossen wird, da der Ausführer des Werkes selbst für das Material den Tagespreis zahlen muß. Nur mit dieser Einschränkung sollen die von uns aufgestellten Richtlinien Geltung haben. Worauf es uns bei der Aufstellung der Richtlinien vor allem ankam, war darauf hinzuwirken, daß der Handwerker Vorschüsse bei Uebernahme der Arbeit fordert und der Besteller sie gewährt, damit sofort das Material angekauft werden kann bezw. damit der Handwerker sofort seinen Lagerbestand ergänzt, was er vielleicht sonst er nach Fertigstellung des Werkes und nach Zahlung der Rechnung könnte, wenn die Preise wieder entsprechend höher geworden sind. Von Seiten des Publikums betrachtet man heute ein solches Geschäftsgebahren noch mit einem gewissen Mißtrauen und sieht darin ein Zeichen, daß man vielleicht nicht kreditwürdig sei. Solche Gedanken sind grundfalsch; heute wo das Betriebskapital des Geschäftsmannes so überaus stark angespannt ist, muß man ihm Bewegungsfreiheit schaffen und ihm Vorschüsse geben. Selbstverständlich kann man dafür von ihm die nötigen Sicherheiten fordern. Diese Forderung wird bei der seit einiger Zeit erneut eingetretenen katastrophalen Entwertung der Mark für Gegenwart und Zukunft die größte Bedeutung beigelegt werden müssen".

Verkehrsfragen der Reichsbahn. Die Eisenbahn-Direktion Essen schreibt uns: „Die Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat eine weitgehende Verschiebung der Verkehrsbeziehungen zur Folge. Es sind neue Verkehrsschwerpunkte entstanden, die an manchen Stellen über das Friedensmaß hinausgehende Anforderungen an die Eisenbahn stellen. Auch der internationale Verkehr von Ausland zu Ausland hat Formen angenommen, die man wohl als Valutaverkehr bezeichnen kann, er sucht möglichst langen Mark- und möglichst kurzen Gulden- oder Frankenweg, strebt also danach, auf möglichst weiten Strecken den Durchgang durch Deutschland zu nehmen und verursacht der Reichsbahn hohe betriebliche Leistungen; z. B. laufen die holländischen für Frankreich bestimmten Kartoffeltransporte statt über Belgien durch Deutschland. Tschechien, das seinen überseeischen Verkehr früher über Triest leitete, hat sich auf Hamburg eingestellt, es versendet seine Ausfuhr an Zucker und Holz über die deutschen Nordseehäfen und empfängt von dort seine Einfuhr. Verschärft werden die Wirkungen dieser Umstellung des Verkehrs noch durch seine Regellosigkeit. In ihrer Abhängigkeit von Valuta und Konjunktur läßt die allgemeine Wirtschaftslage Verkehrswellen entstehen, schwankend nach Zeit und Mengen. Dazu kommen die häufigen Verkehrsstöße, die durch drohende Tariferhöhungen ausgelöst werden. Aeußerst nachteilig wirkt ferner der Umstand, daß eine Bevorratung der Verbraucherkreise, insbesondere mit Baustoffen, Lebensmitteln und vor allen Dingen Kohlen bisher unterblieben ist. Die deutsche Kohlenbeförderung reicht nicht mal zum augenblicklich notwendigen täglichen Verbrauch aus. Die Folge davon ist, daß seit Mitte April bis heute die Eisenbahndirektion Essen alle angeforderten Wagen zur Beladung stellen konnte und darüber hinaus sogar Wagenüberfluß, und zwar täglich bis zu 10 000 Wagen hatte. Die Reichseisenbahn arbeitet unausgesetzt daran, im kommenden Herbste trotz der obengenannten Betriebsschwierigkeiten die Versorgung der Bevölkerung zu ermöglichen. Es kann aber nicht genug darauf hingewiesen werden, daß alle Kreise darauf bedacht sein müssen, jetzt schon für die Heranschaffung der notwendigen Wintervorräte zu sorgen. Geschieht dies nicht, so kann der Eisenbahn, wenn im Herbste wiederum eine Versteifung des Betriebes eintreten wird, ein Vorwurf nicht gemacht werden. Insbesondere ist die Kohlennot, da die Beförderung der Lebensmittel allem anderen vorgeht, dann nicht eine Folge der Verkehrsnot, sondern sie beruht auf mangelnder Vorsorge der Verbraucherkreise und auf der zu geringen Förderung der Kohlen im allgemeinen, insbesondere aber auf die Minderleistung des Bergbaues im Sommer. Welch verhängnisvolle Folgen jetzt gar ein Bergarbeiterstreik haben würde, braucht in diesem Zusammenhang nur angedeutet zu werden."

*

⊙ **Bodelschwingh.** (Bazar). Die Vorbereitungen für den am 5., 6. und 7. August in den Räumen und Anlagen der Wirtschaft Drießen stattfindenden Bazar zur Anschaffung von Kirchenglocken sind in vollem Gang. Es kommt eine altwestfälische Bauernhochzeit zur Darstellung. Jung und alt ist in Tätigkeit, das Fest zu einem schönen und genußreichen zu gestalten. Mit den Vorbereitungen wächst allseits das Interesse an der guten Sache, und es scheint, als solle der Bazar ein rechtes Volksfest für Bodelschwingh-Westerfilde und Umgegend werden. Die Opferwilligkeit der Bewohner zeigt sich im schönsten Lichte. Freiwillige Spenden machen es möglich, daß auch die Verkaufspreise in mäßigen, normalen Grenzen gehalten werden können. Für Unterhaltung und Abwechselung ist reichlich Sorge getragen. Auch unsere Kleinen werden auf ihre Kosten kommen. Selbst das bei der Jugend stets so beliebte Karussell ist nicht vergessen worden.

Aus dem Emschertal.

§ **Habinghorst.** (Gestohlen) wurden aus einem Lager der Zeche „Viktor" 9 Rollen Dachpappe im Werte von 9000 Mk. Den Dieben ist man auf der Spur.

△ **Henrichenburg.** (Seltener Besuch.) 28 Lehrer des kath. deutschen Lehrerseminars in Temesvar in Rumänien weilten, auf einer Studienreise durch Deutschland begriffen, in Begleitung einiger ihrer Lehrer in unserer Gemeinde, um das Schiffshebewerk zu besichtigen. Die jungen Lehramtskandidaten, die berufen sind, im fernen Balkanlande deutsche Sprache, deutsches Wissen und deutsche Sitte zu pflegen und zu fördern, nahmen von dem „Wunder der Technik", als das sie das Schiffshebewerk anstaunten, einen überwältigenden Eindruck mit. (*)

♀ **Henrichenburg.** (Ein Diebverhaftet.) Am Samstag, den 15. Juli, abends gegen 9 Uhr, wurde von der Schupo der oberschlesische Flüchtling Kristen von Mengede in dem Augenblick verhaftet, als er im Begriffe stand, bei dem Althändler K. in Henrichenburg einen größeren Posten Leinenzeug zu verkaufen. Sein Komplice hatte sich frühzeitig aus dem Staube gemacht und konnte noch nicht gefaßt werden. Kristen wurde am Sonntagnachmittag von der Kriminalpolizei aus Herne abgeführt, wo die Sachen auch gestohlen waren.

✉ **Waltrop.** (Altertumsfund.) Hier wurde durch glücklichen Zufall ein großes vorgeschichtliches Gräberfeld offen gedeckt. Zur Besichtigung und zur Feststellung seines historischen und kulturellen Wertes wurde Herr Archivar Dr. Pennings von Recklinghausen gebeten. (*)

Turnen, Spiel und Sport.

Waltroper Rennen.

Am Sonntag, den 30. Juli, 2½ Uhr nachm. hält der Waltroper Rennverein seinen zweiten und letzten diesjährigen Renntag auf der alten Rennbahn ab. Der Verein hat sein Programm in der geschicktesten Weise zusammengestellt, der Erfolg waren zahlreiche Nennungen. Es werden 5 Hindernis- und 2 Flachrennen gelaufen, anschließend findet eine Springkonkurrenz statt. Es sind in sämtlichen Rennen gut besetzte Felder zu erwarten, sodaß die Besucher voll und ganz auf ihre Kosten kommen werden. Der Sattelplatz ist im Frühjahr frisch eingesät und zeigt die schönste Grasnarbe. Damit ist die Staubplage beseitigt worden.

Die zukünftige Einkommensteuer.

Die fortschreitende Geldentwertung hat es notwendig gemacht, auch das Einkommensteuergesetz den völlig veränderten Geldverhältnissen anzupassen. Wer früher ein Jahreseinkommen von 100 000 Mark hatte, galt als ein reicher Mann und man konnte ihn bei der Einkommenbesteuerung schon kräftig anpacken. Wenn jemand gar 500 000 Mark jährlich vereinnahmte, so war es berechtigt, ihm einen erheblichen Teil dieses Einkommens wegzusteuern, um es für Zwecke der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Heute bedeutet ein Hunderttausendmark-Einkommen das Existenzminimum, das vielfach der qualifizierte Arbeiter schon erreicht. Es wäre ungerecht, hier von noch erheblich mehr als den zehnprozentigen Mindestsatz als Steuer zu erheben. Auch der Fünfhunderttausendmarkmann kann man heute nicht mehr einen so beträchtlichen Teil seines Einkommens wie früher fortsteuern, sonst bleibt ihm am Ende nicht genug, um seine Familie anständig zu ernähren und er wird notgedrungen zum Steuerdefraudanten. Man hat daher notwendigerweise die Steuerstaffel wesentlich heraufsetzen müssen. Nach den vom Reichstage angenommenen Beschlusse sollen alle, die ein steuerbares Jahreseinkommen von nicht mehr als 100 000 ℳ haben, in Zukunft nur zehn Prozent Einkommensteuer zu bezahlen haben. Erst für die folgenden 50 000 ℳ Einkommen sind 15 Prozent Steuer zu zahlen. Und dann geht die Staffelung weiter, so daß die höchsten Einkommenbeträge mit 60 Prozent zu versteuern sind. Noch wesentlicher fällt ins Gewicht, daß auch die steuerfreien Einkommensteile nach oben erweitert worden sind. Jedermann ist in Zukunft berechtigt, von seinem Steuerbetrage monatlich 40 ℳ für sich, 40 ℳ für seine Ehefrau und 80 ℳ für jedes minderjährige Kind abzuziehen. Außerdem dürfen für Werbungskosten monatlich 90 ℳ abgezogen werden. Wer also z. B. ein Jahreseinkommen von 90 000 ℳ hat, und außer seiner Frau drei unmündige Kinder ernährt, darf von seinem Steuerbetrage von 9000 ℳ abziehen: 480 ℳ für sich, 480 ℳ für seine Frau, 2880 ℳ für seine Kinder und 1080 ℳ Werbungskosten. Er hat also nur noch 4080 ℳ jährliche Einkommensteuer zu zahlen. Die beschlossene Einkommensteuer-Reform bringt also dem Minderbemittelten eine wesentliche Entlastung, wenn sie auch nicht ganz der inzwischen vollzogenen gewaltigen Geldentwertung entspricht.

Geschäftliches.

Nutze dein Herdfeuer heißt ein Vorschlag, der die Firma Henkel & Cie., die Herstellerin des selbsttätigen Waschmittels Persil, der Hausfrau macht.

In unserer Zeit der Teuerung ist ein Haushalten mit Kohlen und Feuerungsmaterial dringend erforderlich. Durch die Erledigung der Wäsche auf dem täglichen Herdfeuer macht die praktische Hausfrau in der Tat erhebliche Ersparnisse an Zeit und Kohlen. Das selbsttätige Waschmittel Persil reinigt und bleicht die Wäsche bekanntlich in einmaligem kurzen Kochen und verleiht ihr den frischen Duft der Rasenbleiche; es desinfiziert sie zudem zuverlässig schon in handwarmer Lauge (wichtig für Wollstoffe und Buntwäsche.

Brauns Lederfarbe WILBRA
ist Qualität. Alte unansehnliche Ledersachen jeder Art werden durch einfaches Anstreichen damit wieder wieder wie neu. Ueberall erhältlich.

Das Freilichtspiel in Castrop

am 29., 30. und 31. Juli.

A. Dirksen.

Auf den ausgehängten Plakaten der „Jugendwoche der Stadt Castrop" und in Zeitungsnotizen ist darauf aufmerksam gemacht, daß bei Gelegenheit der Jugendwoche „Wilhelm Tell" als Freilichtspiel zur Aufführung kommen soll. Warum während der Jugendwoche ein Freilichtspiel, und warum ist es Schillers „Tell"? Die Begründung ist leicht und Gegengründe ins Feld zu führen, wird manchem auch nicht schwer fallen.

Was uns bewegte ein Freilichtspiel und „Tell" zur Aufführung zu bringen ist dieses.

Mitten in einer Zeit, die überreich ist an Kunstwerken, für die wir aus dem Volke keinen Maßstab und kein Verständnis mehr haben, die uns übersättigt hat durch marktschreierische Reklame und die uns — Gott sei's geklagt — krank gemacht hat durch die Verworrenheit und Verwaschenheit ihrer Ideen, mitten in dieser überkultivierten Zeit ist in uns, in der lebendigen, reinen Volksseele, ein heißes Heimatgefühl wach geworden. Unsere Sehnsucht drängt uns zurück, nein aufwärts zu den verlorenen Höhen reiner, natürlicher Menschlichkeit. „Wir wollen wieder frei sein, wie's die Väter waren!" Frei sein von dem Ballast, den uns die äußerlich glänzende, innerlich faulende Zeit und ihre Kunst aufgebürdet hat.

Was aber müssen wir abwerfen, um wieder in Freiheit atmen und mit reiner Begeisterung genießen zu können?

Die Sucht nach dem bunten, unmöglichen und geisttötenden Gewimmel des Kinos und Varietes! Die Sucht nach Tingel-Tangel und Klimm-Bimm! Die heiße Gier nach Aufregung und Nervenkitzel, wie sie uns von vielen modernen Bühnen und Bühnenstücken verheißen und geboten wird! Wir müssen nach größerer Innerlichkeit, Ehrlichkeit und Einfachheit streben, dann schaffen wir mit an der geistigen Gemeinschaft aller, an der Erneuerung des Menschen, an dem Aufbau unseres Volkes.

Wir wollen durch unser Freilichtspiel in einem ganz, ganz bescheidenen Maße daran mitarbeiten. Und die Zeit der Jugendwoche gerade soll in besonderer Weise diesem unserm Streben Nachdruck und Wirkung verleihens Warum? Die Jugend ist es, von der die geistige Erneuerung ausgehen muß; die Jugend ist es, auf deren Schultern des Volkes Zukunft ruht; die Jugend müssen wir darum bewahren vor Seichtheit, Schmutz und Schund! Ihr gehört eine wahre, reine und einfache Kunst. Was aber der Jugend gehört, das darf dem allgemeinen Volke nicht verwehrt werden, das darf der Ringende, Aufwärtsstrebende im Volke sich nicht nehmen lassen. Volk und Jugend gehören zusammen, sie sind nicht zwei getrennt marschierende Menschenhaufen, sie dürfen's nicht sein! Denn das Volk, das die Verbindung mit seiner Jugend verlor und nicht mehr jugendlicher Begeisterung fähig ist, hat aufgehört ein lebendiges Volk zu sein. Und wenn wir eben sagten: Die Jugend müssen wir bewahren vor Seichtheit und Schmutz, so gilt das allgemein vom gesamten Volke. Also ihm gehört die wahre, reine und einfache Kunst.

Und das wollen wir ihm in unserem Freilichtspiel geben. Erwarte man von uns nicht ein durch und durch rein künstlerisches Spiel. Schauspieler sind wir nicht, können und wollen wir nicht sein. Und für Personenkult ist für uns kein Platz! Aber Menschen, denen die furchtbare Not eines Bruder-Volkes zum Erlebnis geworden ist, Menschen auf denen die gleiche Not lastet, wollen als gedrücktes und geknechtetes Volk das Herz eines gedrückten und geknechteten Volkes warm machen. Das Volk soll Idealgestalten sehen, die ihm aus der eigenen Not und Enge heraus Wegweiser sind. Da gab es denn wohl kaum ein Werk in der gesamten dramatischen Literatur, das diesem so entspräche, das mit so viel Wärme und Kraft, mit so viel Idealismus und echter Volkstümlichkeit geschrieben ist, wie gerade Schillers „Wilhelm Tell".

Gertrud und Hedwig, Tell und Stauffacher, das sind die rechten Frauen und Männer für unsere Zeit. In ihnen zittert und knirscht, ringt und lebt ein ganzes Volk — unser Volk!

Jugendwoche der Stadt Castrop.

In der Jugendwoche sollen den Schülern und den Schulentlassenen der Stadt Castrop und der näheren Umgebung Filme vorgeführt werden. Es ist nun aber eine allgemeine bekannte Tatsache, daß die heftigsten Bekämpfer des Kinowesens in den Reihen der Erzieher zu finden sind. Das wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die Filmindustrie zu einem sehr großen Teile vom kapitalistischen Gesichtspunkte beherrscht wird, daß also vielfach durch Sensation und Sinnenkitzel dem Volksteil, der sich nicht zu höheren geistigen Genüssen emporschwingen will oder kann, das Geld für minderwertige oder vom moralischen Standpunkte aus bedenkliche Darbietungen entlockt werden soll. Ganz anders aber wird die Stellung des Erziehers zum Film, wenn dieser den Zweck belehrender Anschauung hat, wenn er wiedergeben soll, was durch kein anderes Anschauungsmittel dargestellt werden kann. Es ist das Anschauungsmittel, das wegen der Bewegung und des Lebens der Wirklichkeit am nächsten steht, das in seinen Zeitlupenaufnahmen und Vergrößerungen auch das genaueste Betrachten der Wirklichkeit in den Schatten stellt. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß es auch harmlos humoristische Filme gibt, die Sonnenschein ins Menschenherz, besonders ins Kinderherz, zu bringen vermögen.

So sollen denn am Mittwoch und Donnerstag nächster Woche von 8 Uhr morgens ab in je zwei Abteilungen im Metropoltheater Filme laufen für den 1. bis 4. Jahrgang sämtlicher Schulen. Das Programm dazu ist aufgestellt worden unter vollkommener Berücksichtigung des kindlichen Interessenkreises. Es beginnt mit einigen Märchen, zu denen ein erläuternder Text gesprochen wird, geht dann in das Tierreich über und endet mit einigen belustigenden Stückchen, die die Erheiterung des kindlichen Gemütes zum alleinigen Zweck haben sollen.

Für den 5. bis 8. Jahrgang werden zu gleicher Zeit in je zwei Abteilungen an jedem Morgen im neuen Schulkino des Gesellenhauses einige belehrende Filme aus der Natur-, Heimat- und Erdkunde vorgeführt werden. Um aber die in unserer Zeit der Verrohung der Jugend so notwendige Gemütspflege nicht zu kurz kommen zu lassen, füllt den größten Teil des Programms der allgemein beliebte Jugendfilm: „Der kleine Muck", ein dramatisierter Märchenfilm, aus. Für die Schulentlassenen soll in beiden genannten Kinos am Donnerstagabend von 7,30 Uhr ab eine Kinovorführung stattfinden. Die Zusammensetzung der Programme geschah, soweit es sich ermöglichen ließ, nach dem Gesichtspunkt, eine einheitliche Idee in die Reihe der belehrenden Filme, die verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten entnommen sind, zu bringen. Einige Titel aus diesen Reihen der Filme sind: „Die Wunder des Meergrundes. Wunderwelt des Mikroskops. Entwicklung der Buchdruckerkunst. Großindustrie". Die Bedeutung Oberschlesiens". Hoffentlich tragen die Kinovorführungen dazu bei, dem Schulkino recht viele Freunde und Gönner zu erwerben, damit dieses Anschauungsmittel in reichem Maße zur Erweiterung des Wissens und zur Bereicherung des Gemütes unserer Jugend dienen kann. Dieses Ziel, dem guten Filme Freunde zu werben, wird besonders Herr Professor Dr. Sellmann aus Hagen zu erreichen suchen, der am Sonnabend, den 29. cr., nachmittags zwei Uhr, im Gesellenhause einer Oberklasse der Volksschule Filme vorführen wird, um allen Interessierten die unterrichtliche Behandlung des Filmes zu zeigen. Daran anschließend wird Herr Prof. Dr. Sellmann sprechen über: „Die Bedeutung des Films für Unterricht und Volksbildung".



Dixin das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF

Atelier Argleb, Castrop
Münsterstraße 3
8588

Photographien aller Art
Photo-Vergrößerungen
Photo-Rahmen und Ständer
Photo-Apparate und Artikel

Wollen Sie viel Geld sparen!

dann bringen Sie Ihren Stoff nach Witten.

Durch günstigen Einkauf von Futter-Zutaten sind wir in der Lage, Ihren Anzug sowie Schlüpfer und Paletot mit sämtlichen Zutaten garantiert gutsitzend auf Roßhaar und rein Leinen zum konkurrenzlos billigen 4117

Preise von **1250 Mk.** zu liefern.

Mechanische Großschneiderei

Witten, Augustastr. 10. **Fahrgeld wird vergütet.**

Wanner Backpulver
Wanner Puddingpulver
Wanner Rote-Grütze
Wanner Vanillin-Zucker
Wanner Milch-Eiweißpulver

Marke Koch



von den Hausfrauen gern gekauft

in allen einschlägigen Geschäften erhältlich

Hersteller:
Wanner Nährmittelfabrik
Wilh. Wagener, Wanne.



Hühneraugen

werden Sie sicher los durch Hühner-augen-Lebewohl. **Hornhaut an der Fußsohle** beseitigt Lebewohl-Ballen-Scheiben. Kein Verrutschen kein Festkleben am Strumpf. 798

Drogerie H. Köster, Wittenerstr. 26
Drogerie Fr. Schmitz, Rauxel, Bahnhofstr
Glückauf-Drogerie A. Rohrer, Ickern

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise)

PIANOS Flügel, Harmoniums u. Kunstspielinstrumente

unübertroff. an Qualität und Preiswürdigkeit

7501 mit Klangsteg D. R. G. M. 458403

Roth & Junius

Hof-Piano- u. Flügelfabrik Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

Flüssiges Gold für Automobile ist Sonnlandin

Auf 1 Liter Benzin 1 bis 2 Gramm Sonnlandin. Hiermit erreichen Sie eine Benzinersparnis bis zu 60%. Außerdem reinigt es den Motor, die Wagen ziehen besser durch. Die Vorteile sind garnicht aufzuwiegen. Sie sparen Tausende im Gebrauch von Sonnlandin.

Mit großem Erfolg ausprobiert von Großfirmen und Behörden.

2. Kompagnie Kraftfahrabteilung Magdeburg schreibt: Bei einem gleichem Versuche mit einem 3 tons N.-A.-G.-Wagen mit Beimischung von 1 Gramm Sonnlandin pro Liter Betriebsstoff wurden 40% des Betriebsstoffes erspart. Proben je 125 Mk. für 100 Liter Benzin reichend, zwecks Ausprobierung werden gerne abgegeben. **Chemische Fabrik Sasel.** Generalvertr.:

M. Neidhöfer, Düsseldorf, Helmholtzstr. 12.

Tüchtige Vertreter allerorts gesucht. 8902

Zentrumspartei Castrop!

Sonntag, den 23. Juli, abends punkt 8 Uhr
im Gesellenhause

Partei-Versammlung

4116 **verbunden mit**

Abschiedsfeier für den Landesrat Rediger.

Alle Parteifreunde, sowie Freunde des Herrn Rediger sind herzlichst willkommen.

Der Vorstand.

Café Becker Conditorei u. Weinstube. Weine und Liköre preiswert aus dem Hause. 2862

Staatliche Lotterie-Einnahme.

Zu der 2. Klasse der Preußischen Klassen-Lotterie habe ich noch einige

⅛ · ¼ ½ ¹/₁ Lose

31.20 62.40 124.80 249.60

abzugeben. 4092

Bürostunden von ½9—12 und von 3—7 Uhr.

Kraus, Staatl. Lotterie-Einnehmer,
Herne, Neumarkt, Telefon Nr. 90.

Verschiedene Sorten

Rhein- u. Moselweine

sind noch preiswert abzugeben. Beim Verkauf aus dem Hause stellen sich die Weine 5% billiger, als in der Weinstube. 4118

Weinhandlung H. Haslinde.

Gebrauchter
Spiegel
zu kaufen gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Nußbaumbett mit Matratze, Nachttisch u, Spiegel wegen Platzmangel zu verk.
Wo, sagt die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Matratzen und Sofas
polstert mit bestem Material dauerhaft und billig auf. Neue Polstersachen werden n eigner Werkstatt angefertigt. Aufhängen von Gardinen und Dekorationen.
Jakob Deden,
Polsterer und Dekorateur,
Widumerstraße 50,
Viktoriastraße 69.

Ordentlicher, ehrlicher
Junge
für leichte Landarbeit gesucht.
H. Middeldorf, Landwirt,
Levringhausen b. Ickern,
Post Waltrop.

Flotte 4114
Verkäuferin
für Kolonialwarengeschäft gesucht.
Sophie Bredow.
Münsterstraße 5.

Sofort oder zum 1. Aug. ein hiesiges, propperes
Mädchen
für Hausarbeit bei hohem Lohn gesucht. Persönliche Vorstellung erwünscht. 4115
Frau Wilh. Sinder, Castrop
Gasthof „Glück Auf"
Widumerstr. 50 an Erin.

Jüngeres 4122
Mädchen
zu Kindern gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zuverlässiges 4124
Tages- oder Morgenmädchen
zu sofort oder zum 1. Aug. gesucht. **Rauxel,**
Bahnhofstraße 73.

Jüngeres sauberes 4079
Morgen-mädchen
sof. gesucht. **Frau Raffel,**
Rauxel, Am Graben 3.

Ladenlokal oder Raum
für Manufakturwarenversandgeschäft per sofort oder später gesucht. (Lage nebensächlich) 4123
Vennhaus, Dortmund
Oesterholzstraße 75,
Telefon 2602.

Die junge Dame, im weißen Kleid, welche auf dem Okpr. Fest den Herrn im blauen Anzug aus Versehen ins Gesicht gestoßen hat, wird gebeten, ein Lebenszeichen unter 4113 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung zu senden.



B. Welizer

Metropol-Theater

Castrop, Kaiser-Friedrichstraße 21.

Aelteste und hervorragendste — Lichtbildbühne am Platze — verbunden mit Cafe-Restaurant

Eigene elektr. Lichtzentrale - Zentralheizung

Fernruf 144
Amt Castrop.

Freitag	Samstag	Sonntag	Montag
21. 7.	22. 7.	23. 7.	24. 7.

Die Insel der Verschollenen

Ein sensationelles Abenteuer in 5 Akten mit Erich Kaiser Tietz, Hanny Weise Alf Blütecher und Tronier Funder,

Am 2. Mai des Jahres 1909 erschienen eines vormittags bei der Londoner Zeitung „Times" zwei Herren, die dringend baten die Redaktion sprechen zu dürfen. Man kam ihrem Wunsche nach und die beiden Herren berichteten dort ein Erlebnis, das sich so merkwürdig u. kurios anhörte, daß man nicht weit davon war zu glauben, daß es sich um zwei Geistesgestörte handelte.

Das ungeschriebene Gesetz

Drama in 5 Akten von Anneliese Wolfkamp mit Grete Holtmann, Karl Falkenberg Karl Auen Marie Escher in den Hauptrollen.

Chaplin läuft Rollschuh

Toller Humor — 2 Akte.

Als Extra-Einlage
Gastspiel des
Ben Ali Effendi und Partnerin

Indische Schwert und Nationaltänzer.
Türkisch-arabisch erotischer Akt.

Kein Bluff Keine Illusionen
sondern Tatsachen — Nicht zu verwechseln mit einem Deutschen Künstler.

Ben Ali Effendi's Experimente sind konkurenzlos — einzig dastehend — überall große Erfolge.

Ben Ali Effendi — Der geheimnisvolle Aegyptier trat nur in 1. Häusern auf.

Aenderungen im Programm vorbehalten

Musik: 4126

Herr Kapellmeister Schmidt mit seinen Künstlern.

Jugendliche unter 18 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener keinen Zutritt

CAFE METROPOL

Täglich Konzert

von 5—11 Uhr. Gesangseinlagen. Zither-Soli des Kapellmeist. Roth.

Bedienung in bekannter Güte.

Suche
möbl. Zimmer
Offerten unter 4112 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wer erteilt jung. Mädche gründlichen Unterricht in
Buchführung und Maschinenschreiben.
Gefl. Angebote unter 412 an die Geschäftsst. dies. Zt